

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	23
1. Kapitel Einleitung	27
2. Kapitel Fortsetzungsklauseln und faktische Nachfolge eines Miterben	35
A. Das Erfordernis einer gesellschaftsvertraglichen Bestimmung	35
I. Kein Verzicht auf eine Fortsetzungsklausel im Wege der Rechtsfortbildung	35
II. Die Rechtfolgen im Falle fehlender gesellschaftsvertraglicher Regelung	39
B. Die Wirkungen einer Fortsetzungsklausel auf das Verhältnis der Miterben bei fehlender Vereinbarung eines Abfindungsausschlusses	40
I. Keiner der Miterben ist zugleich Gesellschafter	40
II. Einzelne der Miterben sind Gesellschafter	41
1. Die Doppelstellung des Gesellschafter-Erben als faktische Nachfolge	41
2. Die Haftung für den Abfindungsanspruch	42
a) Die Haftung der Gesellschaft	42
b) Die Haftung der Gesellschafter	43
(aa) Der Haftungsgrund in der Person des einzelnen Gesellschafters	43
(bb) Keine verdeckte Beitragserhöhung durch die Anerkennung einer persönlichen Haftung	44
(cc) Keine Konfusion in der Person des Gesellschafter-Erben	48
c) Keine Beschränkung der Geltendmachung des Anspruches durch eine nachwirkende Treuepflicht	49
3. Der Abfindungsanspruch in der Erbaueinandersetzung	53
a) Die Realisierung des Abfindungsanspruches für den Nachlass	53

b)	Haftung und Regress bei der Realisierung des Abfindungsanspruches	57
(aa)	Die Gesellschafterhaftung bei Teilung des Abfindungsanspruches	57
(bb)	Der Regress bei Anrechnung der Forderung auf die Erbquote und Einziehung gegenüber dem Gesellschafter-Erben	60
(cc)	Die Einziehung durch den Gesellschafter-Erben	61
c)	Der Anspruch auf Auseinandersetzung aus § 2042 Abs. 1 BGB als Zurückbehaltungsrecht	62
(aa)	Das Zurückbehaltungsrecht des Gesellschafter-Erben gegenüber der Geltendmachung des Abfindungsanspruches	62
(bb)	Keine Gesamtwirkung des Zurückbehaltungsrechtes	67
III.	Zwischenergebnis	70
C.	Die gesellschaftsvertragliche Vereinbarung von Abfindungsausschlüssen	71
I.	Zulässigkeit von Abfindungsklauseln auf den Todesfall	71
1.	Bedeutung und gesellschaftsrechtliche Zulässigkeit von Abfindungsklauseln	71
2.	Zur Zulässigkeit von Abfindungsklauseln aus erbrechtlicher Sicht	73
a)	Abfindungsklauseln und erbrechtliche Formerfordernisse	73
b)	Die Interdependenz der Belange der Nachlassbeteiligten zu einem beabsichtigten Unternehmenserhalt	75
(aa)	Der Vergleich zu Gesellschaftsgläubigerinteressen zur Bestimmung berührter Drittinteressen	75
(bb)	Das Spannungsverhältnis zwischen Testierfreiheit und der Schutzbedürftigkeit der Nachlassbeteiligten	77
(cc)	Die Wechselwirkung zwischen dem Interesse an einer Unternehmenskontinuität und der Nachlassbeeinträchtigung	80

3. Die Anforderungen an einen Abfindungsausschluss bei wirtschaftlicher Betrachtung	83
II. Wirtschaftliche Relevanz faktischer Gesellschafternachfolge für die Miterben	85
D. Die Frage eines Miterbenausgleichs bei Abfindungsausschlüssen	87
I. Rechnerische Ausgleichung und das Vermögen des Gesellschafter-Erblassers als Anknüpfungspunkt	87
II. Feststellung und Konkretisierung erheblicher Vermögensvorteile	90
1. Das Erfordernis einer Zuwendung	90
2. Aleatorischer Charakter und Vorliegen eines Vermögensvorteils	90
a) Das Verlustrisiko der eigenen Beteiligung als Gegenleistung	90
b) Lebenserwartung und gemischt aleatorischer Charakter	97
(aa) Der Altersunterschied der Beteiligten als Missverhältnis von Chance und Risiko	97
(bb) Abwägung zwischen Rechtssicherheit und Annahme eines gemischt aleatorischen Charakters	99
(cc) Nachträgliche Änderungen der prognostizierten Lebenserwartung und der Zeitpunkt der Wertbestimmung	102
c) Der Generationenabstand als objektives Abgrenzungskriterium	104
d) Die Unbeachtlichkeit des Verhältnisses zu den Drittgesellschaftern	106
III. Der Zuwendungsgegenstand bei Abfindungsausschlüssen	109
1. Denkbare Vermögenswerte als Anknüpfungspunkte	109
2. Der Erlass des Abfindungsanspruches als Zuwendungsgegenstand	110
a) Anwendungsbereich des Erlassvertrages	110
b) Die Reichweite der Disponibilität des gesetzlichen Abfindungsanspruches	112
(aa) Der im Gesellschaftsvertrag angelegte Kern einer Abfindung	112

(bb)	Die Kollision von Abfindungsausschluss und Abfindungskern	114
(1)	Die Leitbildfunktion des dispositiven Gesetzesrechts	114
(2)	Gesetzliches Leitbild und Personengesellschaftsrecht	116
(3)	Gesetzlicher Mindeststandard im Gesellschaftsrecht und der Anspruch auf Abfindung	118
(cc)	Der Erbfall als Bedingung des Abfindungsausschlusses	125
(dd)	Zwischenergebnis	126
c)	Auswirkungen gesellschaftsrechtlicher Veränderungen nach Abschluss des Gesellschaftsvertrages	127
(aa)	Nachträglich vereinbarte Abfindungsausschlüsse	127
(bb)	Fluktuation im Gesellschafterbestand	130
(1)	Rechtsstellung von Neu- und Altgesellschafter	130
(2)	Auswirkungen der Gesellschafterfluktuation	131
d)	Zwischenergebnis	136
e)	Der Erlass der künftigen Abfindungsforderung	138
(aa)	Der „Direkterlass“ mit dem Erbfall	138
(bb)	Die Konsequenz der Erlasswirkung auf das Vermögen als Anknüpfungspunkt	142
3.	Der anwachsende Anteil als Zuwendungsgegenstand	143
a)	Die Gesellschaftsbeteiligung als Vermögensgegenstand	143
b)	Anwachsung kraft Gesetzes und Maßnahme des Erblassers	147
(aa)	Der Anwachsungswille der Gesellschafter	147
(bb)	Willensgetragene Maßnahme des Erblassers	148
(cc)	Erheblichkeit des Anwachsungswillens	150
4.	Einheitliche Betrachtung und Rechtsfähigkeit der GbR	152
a)	Äquivalenzgedanke von Abfindung und Anwachsung	152

b) Mittelbare Zuwendung und Beseitigung eines Insolvenzrisikos	154
c) Die Kompensation der Beseitigung des Insolvenzrisikos	156
E. Ergebnis zu Kapitel 2	157
3. Kapitel Rechtsgeschäftliche Gesellschafternachfolge	163
A. Arten und Zulässigkeit rechtsgeschäftlicher Nachfolgemodi	163
I. Die Abgrenzung von rechtsgeschäftlichen Nachfolge- zu Eintrittsklauseln	163
II. Das Mitwirkungserfordernis des Betroffenen und Wesen der GbR	165
B. Die Wirkungen einer rechtsgeschäftlichen Nachfolgeklausel auf das Verhältnis der Miterben	167
I. Rechtsgeschäftlicher Anteilsübergang auf den nachfolgenden Miterben	167
II. Leistung und Gegenleistung bei rechtsgeschäftlicher Nachfolge	169
1. Rechtsgeschäftliche Nachfolge bei Vereinbarung einer Gegenleistung	169
2. Rechtsgeschäftliche Nachfolge ohne Vereinbarung einer Gegenleistung	170
a) Das erbrechtliche Erfordernis der Annahme einer unentgeltlichen Zuwendung zur Teilhabe übergangener Miterben	170
b) Ausgleichsanspruch der Miterben	172
(aa) Pflichtteilergänzung als gesetzliche Ausgangslage	172
(bb) Ausgleich der Miterben über die Miterbenausgleichung	175
(cc) Erweiterung der Ausgleichspflicht im Wege der Rechtsfortbildung	179
(1) Extensive Anwendung der Miterbenausgleichung	179
(2) Bereicherungs- und Abfindungsanspruch des Nachlasses	184
(dd) Zwischenergebnis	186

c)	Ausschluss und Beschränkung der Ausgleichspflicht	187
(aa)	Arbeitsleistung und Übernahme persönlicher Haftung als Entgelt	187
(bb)	Anwendung der Kompensationsgrundsätze auf die Übertragung auf den Todesfall	190
(1)	Zweckverknüpfung von Leistung und Gegenleistung	190
(2)	Der „Erst-Recht-Schluss“ zur Gesellschafteraufnahme	195
(3)	Die Partizipation der Erbengemeinschaft an der Haftungsübernahme des Miterben	196
(cc)	Zwischenergebnis	205
(dd)	Die Berücksichtigung besonderer Umstände, insbesondere einer Abfindungsbeschränkung	207
(ee)	Die Beschränkung der Ausgleichspflicht auf den Zuwendungswert	209
III.	Ergebnis zu rechtsgeschäftlichen Nachfolgeklauseln	211
C.	Die Wirkungen einer Eintrittsklausel auf das Verhältnis der Miterben	213
I.	Bedeutung gesellschaftsvertraglicher Eintrittsklauseln	213
II.	Die Rechtsfolgen der Eintrittsklausel bei fehlender Regelung zum Anteilswert	214
1.	Das Erfordernis einer gesellschaftsvertraglichen Abfindungsregelung	214
2.	Entstehung der Mitgliedschaft in Abhängigkeit des Eintrittes	217
3.	Die Haftung für den Abfindungsanspruch	219
a)	Die Stellung des Nachfolgers ab Ausübung des Eintrittsrechtes	219
b)	Der Ablauf der Entscheidungsfrist vor einer möglichen Geltendmachung des Abfindungsanspruches für den Nachlass	221
c)	Die Wirkung gesellschaftsinterner Maßnahmen bis zum Beitritt	223
(aa)	Die schuldrechtliche Stellung des Eintrittsberechtigten	223

(bb) Mitentscheidungsrechte des Eintrittsberechtigten und Verbandssouveränität	227
(cc) Treugebundene Rücksichtnahme und Stellung des Eintrittsberechtigten als Nichtgesellschafter	230
4. Zwischenergebnis	235
III. Erbrechtliche Regelungen zum Abfindungsanspruch und Einlagepflicht des Eintrittsberechtigten	238
1. Praktisches Bedürfnis der Kapitalzuwendung an den Eintrittsberechtigten	238
2. Erbrechtliche Möglichkeiten der Überleitung des Abfindungsguthabens an den Eintrittsberechtigten	239
a) Zuweisung des Abfindungsanspruches durch Teilungsanordnung	239
b) Zuweisung des Abfindungsanspruches durch Vorausvermächtnis in Abgrenzung zur Teilungsanordnung	242
3. Folgen erbrechtlicher Anteilsüberleitung für die übrigen Miterben	245
a) Folgen der Überleitung durch Teilungsanordnung	245
b) Folgen der Überleitung durch Vorausvermächtnisaussetzung	246
4. Zwischenergebnis	248
IV. Rechtsgeschäftliche Überleitung des Anteilswertes an den eintrittsberechtigten Miterben	249
1. Das Erfordernis rechtsgeschäftlicher Wertzuweisung	249
2. Möglichkeiten rechtsgeschäftlicher Wertzuweisung	250
a) Abfindungsausschluss, Einlagepflicht des Eintrittsberechtigten und Verzicht auf die Einlage	250
b) Die schwebende Mitgliedschaft im System der Personengesellschaft	253
c) Treuhänderische Anteilsverwaltung der verbliebenen Gesellschafter und Simulation der Treuhand	256
(aa) Anteilstreuhand und Verfügung zugunsten Dritter	256
(bb) Treuhand am Anteilswert und Simulation der Anteilstreuhand	257

d)	Vorausabtretung des Abfindungsguthabens	260
	(aa) Direkte Abtretung zwischen Gesellschafter- Erblasser und Miterbe	260
	(bb) Abtretung unter Einschaltung der Mitgesellschafter als Vertrag zugunsten Dritter	264
e)	Widerrufsrecht der Miterben	265
	(aa) Widerrufsrecht bei Einschaltung der verbliebenen Gesellschafter	265
	(bb) Widerrufsrecht bei direkter Abtretung	268
f)	Zwischenergebnis	269
3.	Ausgleichsanspruch der Miterben bei der rechtsgeschäftlichen Zuweisung des Anteilswertes	270
	a) Bereicherungsausgleich bei einem Miterbenwiderruf im Valutaverhältnis	270
	b) Ansprüche der Miterben bei direkter Abtretung des Abfindungsguthabens	273
	(aa) Die Umdeutung bei Einhaltung der erbrechtlichen Form	273
	(bb) Nichteinhaltung erbrechtlich gebotener Formvorschriften	274
	c) Gesetzlich vorgesehene Partizipation der Miterben bei außerhalb des Nachlasses vollzogenem Vermögenstransfer	276
	(aa) Pflichtteilsergänzung bei Wertzuweisung mittels Vertrages zugunsten Dritter	276
	(bb) Miterbenausgleichung bei Wertzuweisung mittels Vertrages zugunsten Dritter	279
	d) Erweiterung der Erbenteilhabe im Wege der Rechtsfortbildung	281
	(aa) Ausgleichspflicht analog der Miterbenausgleichung und Treu und Glauben	281
	(bb) Analoge Anwendung der Teilungsanordnung auf die Eintrittsklausel	285
	e) Zwischenergebnis	287
4.	Ausschluss und Beschränkung der Ausgleichspflicht	289
	a) Bedeutung der Eintrittsfrist für das Haftungsrisiko als Gegenleistung	289

b) Partizipation der Erbengemeinschaft am Gesellschaftsbeitritt des eintrittsberechtigten Miterben	292
(aa) Postmortale Wirkung des Gesellschaftsbeitrittes	292
(bb) Umfang des Regressanspruches der Erbengemeinschaft gegen den eintretenden Miterben	293
(cc) Konsequenzen der Regresshaftung des Eintrittsberechtigten und Beachtung eines Abfindungsausschlusses als besonderer Umstand	295
D. Ergebnis zu Kapitel 3	297
4. Kapitel Erbrechtliche Gesellschafternachfolge	303
A. Die Sondererbfolge bei der erbrechtlichen Nachfolgeklausel	303
I. Erbrechtlicher Anteilsübergang	303
II. Konsequenzen der Sondererbfolge für die Nachlassteilhabe der Miterben	306
1. Bedeutung der Erbquoten bei der qualifizierten Gesellschafternachfolge	306
2. Lückenbildung kraft richterrechtlicher Rechtsfortbildung	307
B. Der Ausgleichsanspruch der weichenden Miterben bei der qualifizierten Nachfolgeklausel	310
I. Diffuse Bestimmung eines Ausgleichsanspruches als Ausprägung eines Gerechtigkeitsempfindens und der vermeintliche Ansatz der Rechtsprechung	310
II. Anknüpfung an die sonderrechtliche Behandlung des Gesellschaftsanteils	313
1. Sondererbfolge des Höferechts	313
2. Der Gesellschaftsanteil als erbrechtliches Sondergut einer Wertgemeinschaft	319
III. Begründungsansätze eines Anspruches der Miterben über das gesetzliche System der erbrechtlichen Nachlassabwicklung	322
1. Anwendbarkeit der Auseinandersetzungsvorschriften	322

2. Automatische Nachlassteilung und Auseinandersetzung entsprechend der Teilungsanordnung	324
a) Der Erbauseinandersetzungsplan als Grundlage eines erbquotalen Ausgleichsanspruches	324
b) Ausgleichsanspruch in Anlehnung an die Teilungsanordnung	328
(aa) Die Funktionsweise der qualifizierten Nachfolgeklausel entsprechend der Teilungsanordnung	328
(bb) Das Erfordernis einer letztwilligen Verfügung und die Bestimmung des Erblasserwillens	332
3. Der Anspruch auf Wertausgleich als Ausprägung eines bestehenden Gemeinschaftsverhältnisses	335
a) Konkretisierung der Erbengemeinschaft als Rechtsverhältnis	335
b) Vorwegbefriedigung auf der Gemeinschaft beruhender Forderungen	336
4. Zwischenergebnis	337
5. Der Ausgleich unter den Miterben entsprechend § 2050 BGB	338
a) Miterbenausgleichung und qualifizierte Gesellschafternachfolge	338
b) Personell beschränkter Anwendungsbereich der Miterbenausgleichung und Bedeutung der Erbquoten	340
c) Die Idealkollation als Bestandteil der Miterbenausgleichung	342
(aa) Gesetzliche Modifikationen der Idealkollation	342
(bb) Das Erfordernis einer teleologischen Reduktion des § 2056 Satz 1 BGB	344
6. Wertanspruch des Nachlasses analog § 1978 BGB als Äquivalent für die Sonderzuordnung	348
7. Behandlung des nachrückenden Miterben als Vorerben	354
8. Die Wertung zum Schenkungsversprechen von Todes wegen	357

IV. Anknüpfung an schuldrechtliche Ausgleichs- und Ersatzansprüche	358
1. Die Miterben als Gesamtgläubiger und der Ausgleich analog § 430 BGB	358
2. Die Gesellschafterstellung des nachfolgenden Miterben als ungerechtfertigte Bereicherung	362
a) Anwendbarkeit des Bereicherungsrechts auf das Verhältnis der Miterben	362
b) Eingriff in den Zuweisungsgehalt eines den weichenden Miterben zustehenden Rechts durch die Sondererfolge	365
(aa) Die Sonderzuordnung kraft Gesetzes und Vorrang der Leistungskondiktion	365
(bb) Eingriff im Widerspruch zur rechtlichen Güterzuordnung	366
(cc) Das Unmittelbarkeitserfordernis der überquotalen Nachlassteilhabe auf Kosten der weichenden Miterben	371
c) Rechtsfolge des Eingriffs in den Anspruch auf Überschuss	373
3. Zwischenergebnis	375
C. Ergebnis zu Kapitel 4	376
5. Kapitel Zusammenfassendes Ergebnis	383
Literaturverzeichnis	391